„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

20. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 1. Juni 1927. | 12 Seiten | Nummer 30.

Canada folgt dem Beispiel Englands.

Ottawa bricht Beziehungen zu Moskau ab.

Russisch-canadischer Handel wird eingestellt.

Offizielle Mitteilungen von Premier Mackenzie King.

Wie auf der zweiten Seite dieser Courier-Ausgabe mitgeteilt wird, hat der britische Premier Baldwin im Unterhause zu London den Abbruch der englisch-russischen Beziehungen angekündigt. Darauf folgte eine Kundgebung ähnlichen Inhalts aus Ottawa unterm 25. Mai. Darin heißt es:

Nach längerer Kabinettssitzung hat die canadische Regierung heute Nachmittag beschlossen, das Handelsabkommen mit Rußland sofort als abgelaufen zu erklären. Nach Mitteilung von Premier Mackenzie King ist dieser Schritt nach gründlicher Besprechung der Lage, wie sie durch die Entscheidung der britischen Regierung bezüglich des Abbruchs ihrer Beziehungen zu Sowjetrußland geschaffen worden ist, vorgenommen worden. Nach einer Behauptung des Premier soll in den Händen der canadischen Regierung Beweismaterial vorhanden sein, aus dem hervorgehe, daß gewisse Bestimmungen des russisch-canadischen Abkommens von der russischen Regierung verletzt worden seien. Der Vertrag laufe sofort ab, wenn gewisse Bedingungen nicht erfüllt werden. Der Premier verwies insbesondere auf eine Bestimmung, derzufolge vereinbart worden ist, sich jeder feindseligen Handlung gegenüber dem anderen Teil und sich der Durchführung jeder amtlichen Propaganda außerhalb der eigenen Landesgrenzen, die direkt oder indirekt gegen die Interessen des britischen Reiches oder die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken gerichtet ist, zu enthalten. Die Erklärung des Premier Baldwin im britischen Unterhaus am Tage zuvor und das der canadischen Regierung vorliegende Beweismaterial hätten dargetan, daß das erwähnte Abkommen verletzt worden sei.

Premier King betonte nachdrücklich, daß die Kündigung des Handelsabkommens nicht die Einstellung des Handels zwischen Canada und Rußland bedeuten würde. Es besage nur, daß gewisse quasidiplomatische Vorrechte, deren sich die russische Handelskommission erfreute habe, aufhören würden, daß man aber mit allen Mitteln versuchen werde, den Handel zwischen Canada und Rußland in der gleichen Weise zu fördern, in der die canadischen Handelsbeziehungen zu anderen Nationen geleitet würden.

Weiterhin bemerkte Premier King, die canadische Regierung habe **keinen Beweis zur Hand, daß von der Geschäftsstelle der russischen Handelskommission in Montreal irgendeine Spionage oder eine unterirdische Propaganda betrieben worden sei.** Das Kabinett habe dem russischen Handelsvertrag große Beachtung geschenkt und **die canadische Regierung habe das Abkommen mit Rücksicht auf die Erklärung des Premier Baldwin im britischen Unterhaus aufgehoben.** Zwei Gründe hätten zur Ergreifung dieser Schritte geführt. In erster Linie könne man aus dem Abkommen schließen, daß es auf Grund der Aktion der britischen Regierung ohne weiteres außer Kraft trete. Das Abkommen sei zwischen der britischen und russischen Regierung entworfen worden und Canada habe sich ihm erst nachträglich durch einen Regierungsbeschluß angeschlossen. Infolge der Aktion der britischen Regierung könne man annehmen, daß das Abkommen nicht länger mehr bestehe. Eine andere Auslegung der Lage gehe dahin, daß das Abkommen trotz der Aktion der britischen Regierung so lange weiter bestehe, bis die canadische Regierung es nach eigenem Ermessen als beendigt betrachte. Wenn eine der Vertragsbedingungen verletzt werde, so sei die andere Partei ohne weiteres von ihren Verpflichtungen entbunden. Dann ging Premier King auf die Propagandafrage ein. Premier Baldwins Erklärung lasse keinen Zweifel darüber aufkommen, daß eine solche Propaganda auf Veranlassung und mit vollem Wissen der Sowjetregierung betrieben worden sei.

Das Abkommen erlischt sofort; eine kleine Verzögerung wird nur noch durch die Formalitäten verursacht, die mit der Benachrichtigung der Sowjetvertreter verbunden sind. Die Kündigung des Vertrages wird auf dem Wege über London erfolgen und zwar in der nämlichen Weise, in welcher Canada dem Vertrage beigetreten ist.

Premier King behauptete, diese Aktion werde auf die eigene Initiative der canadischen Regierung unternommen, gestützt auf das bis jetzt vorliegende Beweismaterial. Die Lage Canadas sei ganz anders als die Großbritanniens. Canada habe niemals diplomatische Beziehungen zu Rußland unterhalten im Gegensatz zu Großbritannien. Das allgemeine Ergebnis werde sein, daß Canada hinsichtlich der Beziehungen zu Rußland zum nämlichen Status zurückkehre, der viele Jahre vor dem Weltkrieg bestanden habe.

Canadas Handel mit Rußland hat seit 1922 stark zugenommen. Damals wurde das englisch-russische Handelsabkommen abgeschlossen, dem dann die Dominion beitrat. Im Finanzjahr 1920/21 belief sich der Gesamtwert des canadischen Handels mit Rußland auf $264,109 im Vergleich zu $2,427,642 in den letzten 12 Monaten bis zum 31. März 1927. Den größten Handel brachte das Jahr 1924/25 mit insgesamt $11,672,159. Diese Summe wurde damals durch die große Mehlausfuhr nach Rußland verursacht, die einen Wert von allein $11,147,688 hatte, hervorgerufen durch die Fehlernten in Rußland.

Erklärung des Sowjetvertreters in Canada.

Longin F. Guerus, der Leiter der russischen Handelsmission in Canada, erklärte nach einer Unterredung mit Premier Mackenzie King, **daß der Handel zwischen Canada und Rußland eingestellt werde infolge des Vorgehens der canadischen Regierung.** Die unmittelbare Folge der Kündigung des Handelsabkommens werde die Zurücknahme eines Auftrages an das canadische Landwirtschaftsministerium zur Lieferung von 1000 canadischen Pferden sein. Vor einigen Tagen sei darüber ein provisorisches Abkommen getroffen worden, aber er werde dem Ministerium mitteilen, **daß die russische Regierung auf die canadischen Pferde verzichtet.**

Herr Guerus betonte ferner, daß die diplomatische Abteilung der Handelsmission in Montreal sofort geschlossen werde. Die Handelstätigkeit der Sowjetvertretung werde vielleicht noch 6 Monate lang fortdauern. Dann werde wahrscheinlich die ganze Mission zurückgezogen, **sodaß Canada dann ohne jede Handelsbeziehung zu Rußland dastehen werde.** Augenblicklich seien Geschäfte mit canadischen Firmen geplant, die einen Gesamtwert von $3,000,000 darstellen. Diese Geschäfte würden vielleicht noch abgeschlossen, aber neue nicht mehr unternommen werden. Immerhin werde er sich mit der canadischen Regierung in Fühlung halten, in der Hoffnung, daß die abgebrochene Verbindung wieder aufgenommen werden könne. Es sei zu schwierig, ohne Vertrag oder ohne Anerkennung seitens der canadischen Regierung die Geschäftstätigkeit in befriedigender Weise fortzuführen.

Erschwerung der Einwanderung aus Rußland.

Herr Guerus vertrat fernerhin die Ansicht, daß infolge des Vorgehens der canadischen Regierung das Reisen zwischen Canada und Rußland und **die Einwanderung von Rußland nach Canada erschwert** würde. Auf Grund des Handelsabkommens sei der Leiter der Handelsmission ermächtigt gewesen, als Konsul zu fungieren. Mit der Schließung dieser Abteilung der russischen Geschäftsstelle in Montreal werde niemand in der Lage sein, Visas für Reisende zu erteilen.

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Rote Propaganda und Einwanderer.

„Morning Leader" von Regina verdächtigt Immigranten aus Mitteleuropa

Die kommunistische Tätigkeit in Canada.

Der „Morning Leader" von Regina brachte in seiner Ausgabe vom 28. Mai eine Spezialmeldung aus Ottawa, in der auf die Tätigkeit der kommunistischen Partei in Canada Bezug genommen wird. Unter anderem wird behauptet, die Bolschewiken hätten nur 5000 Anhänger in diesem Lande. Ihr Streben sei darauf gerichtet, einen heftigen Kampf gegen den Kapitalismus zu führen und die „letzige reaktionäre Regierung durch eine revolutionäre" zu ersetzen. Die kommunistischen Führer in Canada wollten die kapitalistische Diktatur stürzen und eine Diktatur der Arbeiterklasse sowie eine Arbeiterrepublik nach russischem Muster errichten. Es gebe nur ein Hindernis für diese kommunistischen Wühler, und das sei die Loyalität der canadischen Bevölkerung gegenüber den britischen Traditionen. Angesichts dieses festen Walles mache die rote Propaganda wenig Fortschritte. Dann fährt der Ottawaer Korrespondenten wörtlich fort:

„Das beste Element in den canadischen Gewerkschaften (trade unions) will nichts damit zu tun haben, und **das einzige fruchtbare Feld** (für die rote Propaganda. D. Red.) **vom einen Ende der Dominion bis zum anderen sind jene Gebiete, in denen Einwanderer aus Mitteleuropa überwiegen."**

Wir können und wollen nicht annehmen, daß sich die Redaktion des „Morning Leader" über die Tragweite und Schärfe einer solch ungeheuerlichen Verdächtigung, eines so jagrittanbenden Vorwurfs bei Aufnahme dieses Satzes in ihre Zeitung klar gewesen ist. Sonst müßten wir zu Schlüssen kommen, die für das liberale Hauptorgan von Saskatchewan keineswegs schmeichelhaft wären.

Tatsache ist, daß die Einwanderer aus Mitteleuropa, ganz gleich ob sie vor 30 oder 20 Jahren oder erst vor Kurzem ins Land gekommen sind, **nicht mit politischen Absichten** canadischen Boden betreten haben, **also auch nicht als Agenten des Kommunismus,** sondern nur um sich hier durch Fleiß und Ehrlichkeit, durch Uebernahme der „schwersten und schmutzigsten Arbeiten" (Hon. Robert Forke) **eine neue Existenz zu gründen.**

Tatsache ist, daß die deutsprechenden Einwanderer zu den **loyalsten und besten canadischen Bürgern** zählen, daß sie ihre Treue gegenüber der canadischen Verfassung und Regierung auch in den schwersten Zeiten bewahrt haben, als man sie mit „Foreigners", mit „Hunnen", „Barbaren" und anderen Schimpfworten bedachte. **Die Loyalität der Deutschcanadier und ihre hervorragenden Bürgertugenden sind schon mehr als einmal von Ministern der liberalen Regierung von Saskatchewan anerkannt worden.**

Tatsache ist, daß unsere Rußlanddeutschen die besten Siedler auf der canadischen Prärie sind, daß sie tiefreligiöse Menschen sind, **die auf Gesetz und Ordnung achten,** wie große Distrikte des Westens mit rußlanddeutschen Farmern beweisen. Ebenso ist Tatsache, daß viele Tausende von Rußlanddeutschen gerne nach Canada kommen würden, **nur um der Tyrannei der Sowjetmachthaber zu entgehen,** um die freie canadische Luft zu atmen und der kommunistischen „Beglückung" zu entrinnen. Tatsache ist schließlich, daß es gerade die deutschen Kolonien in Rußland waren, welche **den Kampf gegen den Bolschewismus** mit aller Entschiedenheit geführt haben.

Tatsache ist, daß „Der Courier", das führende deutsche Organ in Canada, stets eine feste Haltung gegenüber jeder Art von roter Propaganda eingenommen hat, **weil Kommunismus und Bolschewismus mit echtem Deutschtum und wahrem Christentum sich nicht vereinbaren lassen.**

Nun fragen wir den „Morning Leader": Ist die Zeitung bereit, ihre Behauptung in der verallgemeinernden Form, wie sie erschienen ist, zurückzunehmen? Oder kann sie durch Vermittlung ihres Spezialkorrespondenten in Ottawa uns Tatsachen beibringen, die unseren obigen Feststellungen widersprechen? Ist es nicht **eine unerhörte Beleidigung aller Einwanderer aus Mitteleuropa,** wenn man angesichts der Feier des Diamantjubiläums der canadischen Konfederation, die alle Canadier ohne Unterschied ihrer Herkunft in einträchtiger Brüderlichkeit vereinigen sollte, einem großen Prozentsatz der canadischen Bevölkerung nachsagt, er sei ein „fruchtbares Feld" für rote Propaganda?

Wir protestieren im Namen aller Deutschcanadier gegen eine solche Unterstellung des „Morning Leader" von Regina.

Die Wirren in China

Tokio. — Der japanische Gesandte in Peking hat den Auftrag erhalten, dafür zu sorgen, daß die in Kalgan und anderen Städten im nördlichsten Teile der Provinz Tschili lebenden Japaner ihre Wohnsitze so rasch wie angängig nach Peking verlegen. Ferner wurde von der Regierung beschlossen, den japanischen Konsul in Schantung anzuweisen, alle japanischen Frauen und Kinder aus Tsinanfu, der Hauptstadt der Provinz Schantung nach der Küstenstadt Tsingtau bringen zu lassen.

Schanghai. — Ein Funkspruch von Hankau, dem Sitz der radikalen nationalistischen Regierung, meldet, daß dort in den letzten zwei Tagen 2000 verwundete Soldaten von der Front in der Provinz Hanan eingetroffen sind. Das militärische Hauptquartier in Hankau behauptet noch immer, daß die radikalen Truppen siegreich vordringen, aber die Einzelheiten sind sehr spärlich und ungenau.

Tiroler Treue zur deutschen Muttersprache

Berlin. — Vorbereitende Kundgebungen der Völkerbund-Vereinigung für ihre im Reichstags-Sitzungssaal beginnende formelle Tagung deuten an, daß eines der zur Erörterung vorliegenden wichtigeren Probleme die Frage der völkischen Minderheiten, insbesondere in dem an Italien abgetretenen Südtirol sein wird.

Frau Backer Van Bosse, Delegierte von Holland, erklärte, der italienische Gouverneur von Südtirol habe den Unterricht in der deutschen Sprache daheim sowohl wie in den Schulen verboten. „Besonders ergriffen war ich," sagte sie, **„als ich die Leute von Katakomben-Schulen sprechen hörte, die sie heimlich eingerichtet haben. Dies zeigt, daß diese Leute ihre Muttersprache ebenso heilig halten, wie die ersten Christen in Rom das Christentum."**

Mussolini will fünf Millionen mobilisieren

Brennergrenze soll „unverletzlich" bleiben.

Zukunftspläne des italienischen Diktators.

Rom. — Italien wird zwischen 1935 und 1940 imstande sein, seine Stimme hören zu lassen und seine Rechte anerkannt zu sehen, da es dann eine starke Armee, eine gewaltige Luftstreitmacht haben und eine Truppenmacht von 5,000,000 gut ausgerüsteten Soldaten mobilisieren kann, erklärte Mussolini in der Deputiertenkammer.

Zwischen den von ihm genannten Jahren, sagte der Premier, müsse Italien in militärischer Hinsicht vollkommen vorbereitet sein für irgendeinen kriegerischen Augenblick in der Geschichte Europas, und bis zum Jahre 1950 müsse die Nation eine Einwohnerschaft von 60,000,000 Menschen haben.

(Die Bevölkerungszahl Italiens ist etwas über 42,000,000.)

„Vor fünf Jahren glaubte ich, daß ich nach fünf Jahren den größten Teil meiner Arbeit beendet haben würde," erklärte Mussolini. „Nun erkenne ich, daß es nicht der Fall ist. Ich bin davon überzeugt, daß ich trotz der allmählichen Schaffung einer leitenden Klasse, trotz der Disziplin des Volkes, die Bevölkerung noch weitere 10 oder 15 Jahre, wenn nötig, regieren muß, und zwar nicht, weil ich nach Macht strebe, sondern weil es meine Pflicht ist."

Nachdem der Beifall, der diesen Worten folgte, sich gelegt hatte, fügte er hinzu: „Mein Nachfolger ist noch nicht geboren."

Drei große Aufgaben liegen unmittelbar bevor, wie Mussolini angab, nämlich die Vervollkommnung der militärischen Streitmacht, die Reform der konstitutionellen Maschinerie und die Fortsetzung des Kampfes für die Wiederaufrichtung der Wirtschaftslage.

Die Umwälzung der Staatsmaschine wird am Ende dieses Jahres mit der Umbildung der Deputiertenkammer in ein Organ des Korporationsstaates beginnen, wobei die Mitglieder von den durch das Arbeitsgesetz geschaffenen Korporationen anstatt durch das Volk direkt erwählt werden.

„Heute, am 26. Mai," rief der Premier aus, „begraben wir feierlich alle Lügen über das demokratische Wahlsystem."

Der Wirtschafts- und Finanzkampf wird unnachsichtlich fortgesetzt werden, sagte er. Indem er mit beißender Ironie auf die Erfolglosigkeit des Genfer von Locarno Bezug nahm, donnerte Mussolini:

„Es ist eine grundlegende Pflicht, unsere bewaffneten Kräfte weiter zu entwickeln. Wir müssen zu einer bestimmten Zeit imstande sein, fünf Millionen Männer zu mobilisieren."

Mussolini wies Deutschland darauf hin, daß die Brenner-Grenze „heilig und unverletzlich" ist. Er erinnerte daran, daß die Stahlhelmleute, deutsche Kriegsveteranen, bei einem kürzlichen Umzug ein Banner mit der Inschrift trugen: „Von Riga bis nach Trieste." Wir werden, bemerkte der Premier, die Grenze verteidigen, auch wenn dies morgen Krieg bedeutet. Die Faschistenregierung müsse ihre bewaffnete Macht organisieren, um mindestens fünf Millionen Mann vollständig leistungsfähig zu machen.

Kundgebung der Sudetendeutschen

Bekenntnis zum Deutschtum vor Völkerbundsligen

Eröffnung der Tagung des Weltverbandes in Berlin.

Berlin. — Die Tagung des „Weltverbandes der Völkerbundligen" ist in der Reichshauptstadt eröffnet worden. In der ungemein großen Beteiligung an der Tagung gelangt die Weltachtung, die Deutschland sich wiedergewonnen hat, zum Ausdruck. Eine der wichtigsten Fragen auf dem Programm ist die der Stellung und Behandlung der völkischen Minderheiten in den verschiedenen Staaten, in die sie von der Willkür der Friedensverträge eingepfercht sind.

Den Auftakt der Verhandlungen über diese Frage lieferte ein Antrag, die südtiroler Frage zu besprechen, ein Antrag, der eine ganz besondere Bedeutung dadurch erhielt, daß er von der Minderheitskommission grade der italienischen Liga geteilt wurde.

Auch die Sudetendeutschen haben sich zum Wort gemeldet. Der Tagung ist eine Erklärung zugegangen, die der Vorsitzende des Sudetendeutschen Heimatbundes, der frühere Staatsrat Langenhahn, auf der unlängst in Wien abgehaltenen Hauptversammlung des Bundes über tschechische Gewaltmaßnahmen und Verfolgungen gegen Mitglieder der Heimatbünde abgegeben hat. Der Heimatbund werde, so heißt es in der Kundgebung, von den tschechischen Behörden und Gerichten auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik als geheime und staatsfeindliche Organisation behandelt. Der Vorwurf der Geheimbündelei wirke angesichts der Tätigkeit des Vereines zu grotesk, als daß man ihn widerlegen möchte. Der Heimatbund sei ein auf Grund behördlich genehmigter Satzungen aufgebauter Verein, der keine Kontrolle seiner Arbeit zu scheuen habe. Weiter wird auf den Staatsvertrag von Lana hingewiesen, in dem die Tschechoslowakei sich verpflichtet habe, keine Maßnahmen zu ergreifen gegen Vereinigungen, deren Zweck die Pflege des nationalen Charakters und die Unterstützung der wirtschaftlichen und kulturellen Ziele ihrer Volksgenossen sei. Der Heimatbund lehne grundsätzlich die Unterstützung von Unternehmungen ab, die politische Gewalttätigkeiten im Auge hätten. Er gehe den geraden Weg des natürlichen Selbstbestimmungsrechts eines jeden Volkes. Die Feststellung drückender nationaler Rechtlosigkeit und fortgesetzter deutschfeindlicher Maßnahmen in der Heimat der Sudetendeutschen sei kein Hochverrat. Wie das Sudetendeutsche Heimatvolk nie aufhören werde, sein Bekenntnis zum Deutschtum zu bekunden, so würden auch die Hunderttausende in allen Ländern lebenden Sudetendeutschen stets nur für ihre Brüder und Schwestern eintreten. Der Heimatbund wisse, daß die Machtverstärkung des Deutschen Reiches auch den Sudetendeutschen eine Verbesserung ihrer Lage bringen werde und daß die Sudetendeutsche Frage nur im Rahmen der gesamtdeutschen Entwicklung zu lösen sei. Er habe volles Vertrauen zu den verantwortlichen Männern der deutschen Politik, wissend, daß sie die deutschen Interessen nach Möglichkeit fordern werden.

Ernst Vierkötter auf der Reise nach Canada

New York. — Ernst Vierkötter aus Köln am Rhein, der deutsche Schwimmeister, welcher im September v. J. den englischen Kanal in 12 Stunden und 42 Minuten durchschwamm und damit den bisher gültigen Weltrekord aufstellte, ist mit dem Dampfer „New York" von der Hamburg-Amerika-Linie hier eingetroffen, um vorläufig an drei großen Schwimmveranstaltungen in Canada teilzunehmen.

Vierkötter ist auf Einladung des Sportsunternehmers Binc. Armand von Montreal, Canada, herübergekommen, der ihn am Dock in Empfang nahm. Außerdem waren zur Begrüßung des deutschen Schwimmeisters eine Anzahl Mitglieder des Ersten Deutschen Sportklubs von New York unter Führung von Präsident Hans Holterbosch erschienen.

Herr Vierkötter erklärte, sich in vorzüglicher körperlicher Verfassung zu befinden, und fügte hinzu, er erwarte in Canada gut abzuschneiden, könne aber selbstverständlich in dieser Beziehung nichts sicheres sagen, da er vorläufig noch gar nicht wisse, gegen wen er anzutreten habe.

Masaryk wieder tschechischer Präsident

Prag, 27. Mai. — Thomas Masaryk, 78 Jahre alt, wurde heute wieder zum Präsidenten von Tschecho-Slowakien gewählt. Die beiden Häuser des Parlaments vollzogen in gemeinsamer Sitzung die Wahl. Masaryks politischer Aufstieg begann mit seinem Widerstand gegen die österreichisch-ungarische Monarchie nach Angliederung von Bosnien und der Herzegowina. Bei Kriegsausbruch trat er an die Spitze der österreichfeindlichen Bewegung.

Deutsche Huldigungen für Lindbergh.

Glückwünsche und Anerkennungen

Amtliche Gratulation der Berliner Regierung.

Berlin. — Von allen Seiten hört man uneingeschränktes Lob der Flieger-Großtat Kapt. Lindberghs.

Die Presse beglückwünscht die Ver. Staaten zu diesem „unerschrockenen Vollbringen eines ihrer besten Flieger, welches jede andere Nachricht in der ganzen Welt überschattet." Eine Zeitung sagt: „Die Tat dieses Helden moderner Romantik wird in die Geschichte übergehen. Was anfänglich ein waghalsiger Versuch zu sein schien, gestaltet sich zu einer denkwürdigen Errungenschaft, von der die Welt noch Wochen und Monate lang reden und schreiben wird."

Chef Brandenburg der Regierungsabteilung für Flugwesen erklärte: „Das Wagnis muß höher als eine seltene furchtlose Sportleistung eingeschätzt werden — es war ein Ereignis, welches als eine glänzende Errungenschaft der Menschheit verzeichnet werden wird. Die deutsche Fliegerschaft hofft, daß die beiden tapferen Franzosen Nungesser und Coli noch gerettet werden mögen, doch erfreut ist sie über Lindberghs Erfolg, dessen Leistung die größte Bewunderung abzwingt."

Direktor Otto Merkel von der Deutschen Lufthansa bemerkt: „Die erstaunliche menschliche Leistungsfähigkeit, bekundet durch diesen Flug, macht auf uns einen dauernden Eindruck. Daß ein durch Luft gekühlter Wirbelwind-Wright-Motor die erste Ueberquerung von New York nach Paris möglich macht, vermehrt den amerikanischen Ruhm."

Der deutsche Kriegsfliegerverband hat an Lindbergh die folgende Depesche gesandt: „Wir sind wahrhaft erfreut über den Erfolg Ihres furchtlosen Unternehmens. Der deutsche Kriegsflieger-Verband sendet Glückwünsche."

Die Lufthansa, welche so großen Flugbetrieb über dem europäischen Festland im Gang erhält, hat den Kapt. Lindbergh eingeladen, auf seinem Flug von Paris nach Stockholm in Berlin Halt zu machen, wo ihn der Deutsche Aero-Klub zu feiern gedenkt, und stellt Lindbergh ein Flugzeug für einen Flug von Stockholm nach London oder anderswohin zur Verfügung.

Freiherr von Maltzan, der deutsche Botschafter in Washington, ist instruiert worden, der amerikanischen Regierung den Glückwunsch der deutschen Regierung zu Lindberghs Erfolgsflug zu übermitteln.

Internationale Arbeiterkonferenz

Genf, 27. Mai. — 42 Länder sind auf der Internationalen Arbeiterkonferenz vertreten, auf welcher Konventionen für Krankenversicherung, Freiheit der Gewerkschaftsverbände und Aufstellung eines Mindestlohnes für die Industrien, die nicht organisiert sind, entworfen werden sollen.

Brasilien hat sich trotz seines Austritts aus dem Völkerbunde entschlossen, seine Verbindung mit der Arbeiter-Organisation aufrechtzuerhalten, und war bei der heutigen Konferenz vertreten.

Sir Atul Tschandra Tschatterdschi, der Oberkommissär für Indien in dem Vereinigten Königreiche, wurde zum Präsidenten der Konferenz erwählt.

Rückgang der deutschen Arbeitslosigkeit

Berlin. — Deutschlands Armee der Beschäftigungslosen ist im vergangenen Monat um 20 Prozent kleiner geworden, wie amtlich gemeldet wird. Die Zahl der Männer und Frauen, die als Arbeitslose staatliche Unterstützung erhalten, ist von 1,217,000 auf 972,000 heruntergegangen.

Bemerkenswerte amerikanische Entscheidung

Sheridan, Wyo., 27. Mai. — Nach einer Entscheidung des Generalanwalts W. Wilson sind Deutsche, die während des Weltkrieges auf deutscher Seite kämpften, zu Steuerfreiheit bis zu einem Einkommen von $2000 berechtigt. Es war anscheinend ursprünglich die Absicht der Gesetzgeber, amerikanischen Kriegsveteranen dieses Privilegium zukommen zu lassen, doch erklärte der Generalanwalt, daß kein Grund vorhanden ist, die Veteranen anderer Länder auszunehmen.

Appell an den Völkerbund.

Für das deutsche Memelland

Litauen entrechtet die dortigen Bewohner.

Die deutsche Regierung appellierte im Interesse der deutschen Bewohner von Memel, des früheren deutschen Gebiets, welches vom Reich abgetrennt und dessen internationaler Status durch eine Kommission mit dem Amerikaner Norman Agis an der Spitze festgelegt wurde, an den Völkerbund. Der deutsche Appell gründet sich auf eine Petition der Bewohner des Memellands, in der geltend gemacht wird, ihre vertragsmäßigen Rechte würden durch Litauen geschmälert.

Reichsaußenminister Stresemann hat darum ersucht, daß die Angelegenheit auf die Tagesordnung der Ligaratstagung vom 13. Juni gesetzt wird. Es ist dieses der erste Appell Deutschlands an den Völkerbund. Er gründet sich auf die Bestimmungen der Davis-Konvention, unter denen Mitgliedern des Ligarats das Recht verliehen wird, irgend einen Eingriff in die Bestimmungen dieser Konvention vor den Rat zu bringen.

Memel wurde von den alliierten Mächten Litauen zugesprochen. Unter der Davis-Konvention indeß, welche die Unterschrift der Mächte trägt, hat Litauen dem Memelland autonome Rechte zu verleihen, einschließlich einer gesetzgebenden lokalen Körperschaft. Diese Rechte sind es, welche, wie die deutsche Bevölkerung des Gebiets geltend macht, von Litauen verletzt worden sind.